

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und ähnlichen Anzeigen die 8 Zeilen 1 Kolonne 100 H. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Frey.

Druck von E. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2 Et. - Fernsprech-Anschluss 3002

### Zum Jahreswechsel.

Und wieder hob die Glocke an  
Zu eines Jahres letztem Schlage,  
Und wieder schloß ein letzter Ring  
Die Kette der vergang'nen Tage.  
Es endete ein altes Spiel,  
Um gleich von neuem zu beginnen,  
Und wie es auch die Lose wirft:  
Verlieren mischt es und Gewinnen.

Das alte Jahr ertrank in Blut,  
Das neue wird daraus geboren;  
Aus seinem ersten Glockenschlag  
Tönt schon der Schicksalspruch: Verloren!  
Denn manchen, der noch frisch und stark  
Besubelt diese Zeitenwende  
Und jauchzend grüßt das neue Jahr,  
Grüßt nur den Anfang, nicht das Ende.

Und mancher, der in Sorgen steht  
Und düster sinken sieht sein Leben,  
Wird einst an einem jungen Tag  
Sich kraftvoll schaffend neu erheben.  
Wird um sich Freund und Bruder seh'n  
Voll unverzagter, stolzer Stärke,  
Und bauen wird ein jeder Tag  
Tatvoll an unserm alten Werke.

Fehlt uns manch lieber Kamerad,  
Dahingestreckt von rauhen Waffen,  
Er soll uns ungestorben sein:  
Sein Geist wird in und mit uns schaffen.  
Was er im Frieden ausgestreut:  
Die Saat der Einigkeit und Treue,  
Erhebt sich nach dem Weltensturm  
Keimfroh und Wetterstark aufs neue.

So tritt herein denn, Eisenjahr!  
Wir sehen deine Feuer lohnen  
Und hören deinen Schicksalsruf:  
Wer starb, der ist der Zeit entflohen.  
Wer starb, ist aller Sorgen bar.  
Doch wer noch nicht von ihr zertreten,  
Der soll in Not auch und Gefahr  
Die Zeit nach seinem Willen kneten!

Pan.

### Jahresabschied.

Vom Jahre 1914 scheiden wir gern. Es hat uns wenig oder nichts gegeben, aber viel, unendlich viel genommen. Schon die erste Hälfte des Jahres brachte Enttäuschungen. Die erhoffte Belebung des Wirtschaftsmarktes blieb aus, das Heer der Arbeitslosen erfuhr keine Verminderung. Auf politischem Gebiet zeigten die planmäßigen Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter einen Kurs an, über den wir uns nicht freuen konnten. Auch die Politische Erklärung unseres Verbandes, die uns gewissermaßen an der Schwelle des neuen Jahres überreicht wurde, mußte unsere Hoffnungen auf die Zukunft herabstimmen. Immerhin: die hier gezeichneten Enttäuschungen hätten wir leicht überwinden, wir hätten mit ihnen gerechnet und wir waren auf sie vorbereitet.

Die zweite Hälfte des Jahres aber brachte uns den fürchterlichsten aller Kriege. Als er ausbrach, herrschte allgemein die Auffassung, daß nicht nur der Anfang, sondern auch das Ende in das Jahr 1914 fallen würde. „Zwei, höchstens drei Monate, länger kann ein moderner Krieg nicht dauern“ — „Wenn die Blätter von den Bäumen fallen, ist der Krieg zu Ende“ —, so und ähnlich lauteten die Prophezeiungen, die freilich mehr auf eigene Wünsche als auf Kenntnis der Bedingungen des Krieges aufgebaut waren. Heute stehen wir am Ende des Jahres; schon fünf volle Monate dauert das gewaltige Ringen, und noch ist ein Ende nicht abzusehen. Niemand weiß, wie lange es noch dauern, wie es ausgehen und was darauf folgen wird.

„Das alte Jahr ertrank im Blut, das neue wird daraus geboren“ — das ist die furchtbare Gewißheit, mit der wir an der Schwelle des neuen Jahres stehen. Diese Gewißheit tötet alle die kleinen Wünsche und Hoffnungen, mit denen wir sonst in ein neues Jahr eintreten. Sie läßt nur Raum für die eine große Hoffnung auf einen baldigen, für Deutschland günstigen Frieden.

Vom Frieden aber erhoffen wir mehr als die Beendigung dieses blutigen Ringens. Das Wirtschaftsleben wird allerdings zunächst vielfach noch unter den Nachwirkungen des Krieges zu leiden haben. Geschäftliche Verbindungen müssen neu geknüpft, verlorene Absatzmärkte zurückgewonnen oder durch andre ersetzt, finanzielle Schwierigkeiten mancherlei Art überwunden werden. Wenn jedoch, wie wir hoffen und wünschen, Deutschland siegreich aus diesem Kriege hervorgeht, wird es nicht allzu schwer sein, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die nach dem Kriege eintreten, zu überwinden.

Von und in einem siegreichen Deutschland erhoffen wir aber ein größeres Maß von Bewegungsfreiheit und Mitbestimmungs-

recht für die arbeitende Bevölkerung und ihre Organisationen. Sehr richtig schrieb kürzlich das „Korrespondenzblatt der General-Kommission“: „Die Gewerkschaften standen, als der Krieg ausbrach, unter einem besonders empfindlichen Druck. Alle Kräfte waren mobil gemacht, um das Koalitionsrecht einzuschränken. Aus den Bestimmungen des Vereinsgesetzes wurde ein System kleinlicher Verfolgungen geschmiedet. Es galt, sich mit aller Kraft zur Wehr zu setzen gegen all diese Pläne schwerster Bedrückung. Ganz zu schweigen, welche Wege die Rechtsprechung wandelte, die nicht minder unter dem Bann eines sozialen und politischen Vorurteils handelte.“ Und an anderer Stelle: „Das Fehlen einer gleichberechtigten Stellung als Staatsbürger, die Jurisdiktion an der Anteilnahme in der kommunalen Verwaltung des Staates und des Reiches ist mit eine der Ursachen der intransigenten Stimmung der Arbeiterklasse. Wird die Stellung, die heute in der ganzen Verwaltung in Preußen gegen die Arbeiterbewegung zum Ausdruck kommt, beseitigt werden, um den Weg freizumachen? Das ist die entscheidende Frage, vor der wir stehen, wenn wir einen Ausblick über unsere künftige politische Gestaltung in Deutschland halten.“ Gewiß, das ist die Frage, die sich heute all denen aufdrängt, die vor dem Kriege unter diesen Zuständen gelitten haben. Das ist die Frage, die uns bewegt, die wir daheim einen neuen politischen Kurs steuern sehen, das ist aber vor allem die Frage, die unsre im Felde kämpfenden Brüder sich stellen. Sie, die fern von Weib und Kind, unter harten Mühen und Entbehrungen, Tag um Tag ihr Leben in die Schanze schlagen, haben wahrlich das Recht, zu fragen, zu fordern und zu hoffen wie jener Landwehrmann, der in einem im „Vorwärts“ veröffentlichten Feldpostbrief schrieb:

„Allerdings sind die Anstrengungen fast übermenschlich, denen der Körper ausgesetzt ist. Seit acht Tagen bin ich nicht mehr aus dem Schützengraben herausgekommen. Immer den Unilden der Witterung preisgegeben. Nachts wird ein Ständchen im Eisen geschlafen, umgeschmalt, mit dem Gewehr im Arme. Von manchem lieben Kameraden habe ich schon Abschied nehmen müssen. Vor einer halben Stunde erst sind elf Mann einer russischen Granate zum Opfer gefallen. Aber all diese Opfer werden gebracht in dem Bewußtsein, daß sie notwendig sind, daß sie die Ausaat bilden, aus der etwas Neues und Großes heranzuwachsen soll. Wenn ich so sehe, wie wir Arbeiter im Waffenrock als etwas Selbstverständliches diese gewaltigen Opfer bringen, wie wir immer und immer wieder in den Kugelregen hineinstürmen, für das Vaterland, für die Heimat, da habe ich das Empfinden, daß man auch uns Armen des Volkes das kommende Anrecht auf Licht, Luft und Sonnenschein in der Heimat, für die wir kämpfen, schaffen muß. Diese großen Opfer erfordern als Entgelt von der Heimat, Raum schaffen für alle, die im Schatten leben. In diesem Sinne sehe ich gern meine Person ein, so oft es gefordert wird, aber ebenso gern wünsche ich später mein Teil an der Arbeit des friedlichen Aufbaues zu tragen. Denke ich an das Neue, das kommen muß, so will es mich wie Frühlingsahnen überkommen, dann sehe ich nicht die Greuel und Schrecken des Schlachtfeldes; ich tue meine Pflicht in dem Bewußtsein, das Rechte zu tun für das Vaterland im höchsten Sinne.“

So wie dieser Landwehrmann denken nicht Tausende oder Zehntausende, sondern Hunderttausende von den Kämpfern da draußen. Und unsre Regierenden müßten wirklich mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie an diesen Hoffnungen und Erwartungen achtlos vorübergehen würden. Allerdings dürfen wir nicht annehmen, daß nach diesem Kriege alle politischen Wunden verheilen. Eine solche Hoffnung wäre nicht nur töricht, sondern auch gefährlich. Denn sie könnte uns verleiten, unsre Rechtsansprüche statt auf die eigene Kraft auf den guten Willen der Herrschenden zu stützen. Das wäre aber das Verkehrteste, was wir nur tun könnten.

Die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der Vergangenheit waren nicht die Folge des guten oder schlechten Willens irgendwelcher Menschen oder Menschengruppen, sondern das natürliche Ergebnis widerstreitender Interessen. Dieser Interessenwiderstreit wird nach dem Kriege in aller Schärfe ausleben und durch Kämpfe in aller Weise ausgetragen werden. Das kann keine Regierung hindern, mag sie so klug, so wohlwollend und so gerecht sein, wie wir das nur immer wünschen. Was wir aber erhoffen und erwarten, ist, daß die Bedingungen solcher Kämpfe nicht dadurch verschoben werden, daß die besitzende Klasse die Machtmittel des Staates in ihren Dienst stellt, die Gesetze auf ihr Interesse zuschneiden darf. Und wenn dann schließlich der Krieg noch die Folge hat, daß die um bessere Lebensbedingungen, um ein Mitbestimmungsrecht am Arbeitsvertrage kämpfenden Arbeiter nicht mehr als strafwürdige Aufreißer, sondern als ehrlich auftretende Menschen gewertet werden, so wird das auch die Formen der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe gütig beeinflussen und deshalb als ein wertvoller Gewinn des Krieges gebucht werden.

Daß wir endlich von einem siegreichen Deutschland entschlossene Fortführung der sozialen Gesetzgebung, vor allem Ausbau der Arbeiterversicherung, erwarten, ist so selbstverständlich, daß wir es hier kaum noch zu erwähnen brauchen.

Die erste Voraussetzung für die Erfüllung all unsrer Erwartungen ist natürlich die Beendigung des Krieges nach dem endgültigen Siege der deutschen Waffen. Diesen Sieg erhoffen wir zuversichtlich. Nicht nur, weil wir ihn wünschen, sondern auch, weil uns die gegenwärtige Kriegslage zu dieser Zuversicht berechtigt. Und mit dieser Zuversicht im Herzen beschließen wir das alte und beginnen wir das neue Jahr, wenn auch voll Schmerz, so doch auch voll Vertrauen.

### Lob der Organisation.

Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ schreibt:

Wenn auch der Monat Oktober eine über Erwarten starke Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes gebracht hat, so wird man doch damit rechnen müssen, daß die Wintermonate ein starkes Anschwellen der Arbeitslosigkeit bringen werden. Die Kriegslieferungen bilden das einzige belebende Moment für die wirtschaftliche Betätigung der nächsten Zeit, reizen aber natürlich nicht aus, um alle Gewerbe mit Arbeitsgelegenheit zu versehen. Für die meisten von Militärlieferungen alimentierten Gewerbe wird die Arbeitsgelegenheit während der Wintermonate stark abnehmen, was sich auf dem Arbeitsmarkt in einer erheblichen Arbeitslosigkeit bemerkbar machen wird. Jeder Winter bringt ein Anwachsen des Heeres der Beschäftigungslosen, und der Kriegswinter 1914/15 wird nicht nur keine Ausnahme machen, sondern er wird eine stark erhöhte Arbeitslosigkeit bringen, wie sie höchstens in Zeiten eines gewerblichen Niederganges bisher zu beobachten war. Man kann daher nicht frühzeitig genug dieser Gefahr ins Auge sehen, um Vorbeugungs- und Abwehrmaßnahmen in Erwägung zu ziehen. Die Arbeiter haben sich zu fragen, was sie zu tun haben, um sich gegen die schlimmsten Folgen der Arbeitslosigkeit zu sichern.

Wohl dem Arbeiter, der heute unter dem Dache einer starken Organisation lebt, die ihm für die Zeit der Verdienstlosigkeit eine fortlaufende Arbeitslosenunterstützung sichert. Wenn noch ein großer Teil der Arbeiter in den Tag hineinklebt, ohne einer Organisation anzugehören, so hat er es sich selbst zuzuschreiben, wenn er von Arbeitslosigkeit und sozialer Not überrascht wird. An Werbearbeit für die Arbeiterorganisationen hat es im Laufe der letzten Jahre nicht gefehlt. Im Hinblick auf den Kriegswinter ist es aber erst recht notwendig, daß man einer Organisation beiträgt und daß man ihr auch treu bleibt. Auch das Treubleiben ist heute eine wichtige Forderung. Sehr viele Arbeiter haben gerade jetzt relativ gute Zeiten; sie verdienen mehr als vor dem Kriege und sind in der Lage, durch ihre Beiträge die finanzielle Leistungsfähigkeit ihrer Organisation zu stärken. Lassen sie die Solidarität vermissen, so schädigen sie nicht nur die Organisation und damit die Sache der Arbeiter, sondern sie gefährden auch ihre eigene Position; denn die jetzigen guten Zeiten gehen wieder vorüber, sie selbst werden älter und haben später einmal der Schutz einer Organisation sehr nötig.

Aber es genügt für den Arbeiter nicht, wenn er nur einer gewerkschaftlichen Organisation angehört, er muß, wenn er seine wirtschaftlichen Interessen richtig zu verfolgen weiß, sich auch als Konsument organisieren. Wir hören heute so viele Klagen über die hohen Lebensmittelpreise, vergessen aber ganz, daß die übermäßigen Preissteigerungen in der Hauptsache nur möglich sind, weil die Konsumenten in ihrer Zersplitterung keine wirtschaftliche Macht zu entwickeln vermögen, daß dies aber sofort der Fall ist, sobald sie sich zu Konsumvereinen zusammenschließen. Je größer und stärker dieser Zusammenschluß ist, desto eher werden die Konsumvereine die Kraft haben, unberechtigten Preissteigerungen mit Erfolg entgegenzutreten. Leider muß gesagt werden, daß ein sehr großer Teil der Arbeiterbevölkerung den Wert dieses Zusammenschlusses noch nicht erkannt hat, sondern daß er noch immer außerhalb dieser Bewegung in einer für ihn schädlichen Isolierung dahingeharrt. Solange dies aber der Fall ist, kann eine durchgreifende Besserung in der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung nie und nimmer eintreten.

Wenn also der kommende Winter den deutschen Arbeitsmarkt mit starker Arbeitslosigkeit bedroht, so mögen in erster Linie die Arbeiter selbst durch Beitritt zu ihren Organisationen dafür Sorge tragen, daß diese Gefahr abgewehrt wird. Sowie auch Staat und Gemeinden helfen mögen und schließlich helfen müssen, um der sozialen Not entgegenzuwirken, sie vermögen die Selbsthilfe der Arbeiter nie und nimmer zu ersetzen. Gerade die jetzige Kriegszeit ist geeignet, den indifferenten Arbeitern die Augen zu öffnen für den einzig möglichen Weg, der die Arbeiterklasse wirtschaftlich vorwärts und aufwärts zu führen vermag. Was die bisherige Werbearbeit nicht vermocht hat, das vermag vielleicht die harte Not des kommenden Winters.

### Die Arbeitersekretariate im Jahre 1913.

Zu den Einrichtungen, die auch in der jetzigen Zeit nichts an Bedeutung verloren haben, gehören die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen. Sie sind sogar in mancher Beziehung noch wertvoller als früher, wenn auch an einen weiteren Ausbau zurzeit kaum gedacht werden kann. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß die gegenwärtige Tätigkeit auf dem Gebiete der Auskunftsstellen durch den Krieg eine Einschränkung erfahren und daß eine Vermehrung dieser Einrichtungen in den nächsten Jahren kaum zu erwarten ist, eher eine Verminderung.

Die in Nr. 46 des „Korrespondenzblattes der General-Kommission der Gewerkschaften“ veröffentlichte Statistik des Jahres 1913 weist 129 Sekretariate auf. Die Unterhaltungskosten werden für 71 Sekretariate aus den Kartellkassen gezahlt, von denen 37 besondere Beiträge oder Zuwendungen erhalten. 35 Sekretariate sind allein auf die Beiträge der beteiligten Organisationen oder ihrer Mitglieder angewiesen. Zuschüsse werden von Parteiorganisationen an 41 und von Arbeiterunternehmungen an 17 Sekretariate gegeben, darunter an 3 von der General-Kommission der Gewerkschaften, die außerdem zwei allein unterhält.

Auskunft gewähren 87 Sekretariate an alle Auskunftsstellen, davon 60 auch weitere Rechtshilfe. 39 Sekretariate machen Einschränkungen in bezug auf Organisationszugehörigkeit, und 3 sind nur für Mitglieder des Bergarbeiterverbandes tätig.

Vertretung vor Gerichten und Behörden wird von 116 Sekretariaten übernommen; zwei weitere tun dies nur in Ausnahmefällen. Die Uebermittlung von Beschwerden an die Gewerbeinspektoren übernehmen 124

Secretariate, 78 auch statische und 94 andere gewerkschaftliche Arbeiter oder Agitation.

Über ihre Auslastungstätigkeit berichteten 127 Secretariate, die von 683 890 Auslastungsbefragten besucht wurden. 1912 waren 94,7 Prozent der Auslastungsbefragten Arbeitnehmer, 1913 dagegen 95,2 Prozent. Gewerkschaftliche Organisationen gehörten 505 611 = 74,3 Prozent an (1912: 484 628 = 72,9 Prozent). Von diesen waren 503 150 = 99,5 Prozent Mitglieder von der Generalkommission angeführten Verbänden.

Von 725 092 überhaupt erstellten Auslastungen betrafen 208 222 gleich 28,8 Prozent die Arbeiterversicherung. Davon kommen auf die Unfallversicherung 117 211 = 56,3 Prozent, auf die Krankenversicherung 46 029 = 22,1 Prozent, wobei 1368 Auslastungen über Angehörtenversicherung mitgezählt sind, auf die Krankenversicherung 40 711 = 19,6 Prozent und auf das Knappschaftswesen 4271 = 2,0 Prozent.

Persönliche Vertretungen wurden von 113 Secretariaten in 6717 Fällen übernommen. 1912 berichteten 102 Secretariate darüber, die 6417 Fälle übernahmen. Im Durchschnitt kamen auf jedes beteiligte Secretariat rund 59 Vertretungen gegen 53 in 1912 und 60 in 1911. Zu diesen Vertretungen waren 7470 Termine notwendig; im Durchschnitt kamen danach auf jedes beteiligte Secretariat 66. Da manchmal halbe und ganze Tage zur Wahrnehmung eines Termins nötig sind, lassen diese Zahlen erkennen, welche bedeutenden Zeitverluste mit diesen Vertretungen verbunden sind. Die Belastung ist für manche Secretariate außerordentlich groß.

Der Ausgang der vertretenen Rechtsfälle wurde den Secretariaten in 21 287 Fällen bekannt. Davon waren erfolgreich 15 461 = 72,6 Prozent, erfolglos 5826 = 27,4 Prozent. Von den mit Erfolg vertretenen 15 461 Fällen betrafen 5240 = 33,9 Prozent Unfallversicherung, 2386 = 15,4 Prozent Arbeits- und Dienstvertrag, 1154 = 7,5 Prozent Invalidenversicherung und 1120 = 7,2 Prozent Krankenversicherung und Knappschaftswesen.

Über ihre Finanzgebarung liegen von 117 Secretariaten Angaben vor, die an Einnahmen 655 648 M., an Ausgaben 626 141 M. hatten. Von den Einnahmen wurden 57,2 Prozent (375 254 M.) durch die Kartelle aufgebracht; 33,9 Prozent (222 042 M.) zahlten die beteiligten Organisationen oder ihre Mitglieder durch besondere Beiträge und 2,6 Prozent (17 269 M.) die Generalkommission der Gewerkschaften. 1,6 Prozent der Einnahmen (10 163 M.) wurden von Parteiorganisationen an 33 Secretariate als Zuschüsse gegeben, 0,3 Prozent (1650 M.) von Genossenschaften, 0,8 Prozent (5528 M.) von sonstigen Arbeiterunternehmungen und 0,2 Prozent (1100 M.) aus Gemeindegeldern. Die sonstigen Einnahmen an Gebühren, Geschenken usw. machten 3,4 Prozent der Gesamteinnahmen nämlich 22 642 M., aus.

Neben den 127 Secretariaten berichteten 232 Auslastungsstellen der Gewerkschaftskartelle. 102 = 82,7 Prozent geben allen Auslastungsbefragten unentgeltliche Auslastung, während 40 = 17,24 Prozent ihre Hilfe von der Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation abhängig machen. Die meisten, 210, geben auch jährliche Auslastung.

### Aus Feldpostbriefen.

Wiederholt haben wir daran erinnert, daß unsere Mitglieder, die jetzt im Felde stehen, von uns erwarten, daß wir die Organisation unter allen Umständen und mit allen Mitteln stark und leistungsfähig erhalten und daß jeder, der jetzt dem Verband den Rücken kehrt, nicht nur sein eigenes Interesse mit Füßen tritt, sondern auch seine Arbeitsbrüder im Felde verrät. Diese Auffassung kommt recht deutlich zum Ausdruck in einem Feldpostbrief, den die „Verbandszeitung“, das Organ der Drauzerlei und Mühlenarbeiter, veröffentlicht. Es heißt darin:

den 29. 10. 14.

Am 12 Uhr waren wir ins Hauptquartier eingerückt und eine Stunde später kam der Bericht über die Besetzung. Freudig leuchteten die Gesichter der Kameraden, da sie nun wieder freundliche Grüße und Nachrichten aus der Heimat empfangen. Doch bald verfinsterte sich das Gesicht eines meiner Kameraden, eines organisierten Kollegen, und er zeigte mir einen Brief mit der Mitteilung, daß ich schon wieder einzelne der Kollegen der Organisation den Rücken gekehrt haben. Ich tröstete ihn damit, solchen Kollegen nicht allzuviel Tränen nachzujammern, denn sie verdienen es nicht, daß man ihnen noch irgendwelche Beachtung schenkt. Es werde nach diesem mörderischen Krieger der Kulturvoller die Aufgabe derer, die gesund zurückkehren können, sein, mit vereinten Kräften an dem Wiederaufbau und der erneuten Kräftigung der Arbeiterorganisation zu arbeiten.

Aber, so fragen wir uns hier im Felde, was veranlaßt die fahnenflüchtigen Kollegen, ihre Beiträge nicht mehr zu zahlen? Etwas, daß ihnen nicht das „Geld“ beschieden ist, tagaus, tageweise auf der Landstraße zu liegen und auf dem Scheiterhaufen zu schlafen? O nein, das ist wohl nicht recht anzunehmen. Denn solchen „Geldern“, die ihre eigenen Kollegen in der bittersten Not im Stiche lassen, haben auch nicht den Mut, ihr Leben für die heimliche Scholle auf Spiel zu setzen. Das Zahlen der Extrabeiträge der Organisationen, ja, das ist des Pudels Kern.

Sind denn diese Kollegen gänzlich mit Blindheit geschlagen? Sehen sie nicht, daß wir, die wir im Felde stehen, viel tausendmal mehr opfern müssen? Unser Leben, das Glück unserer Familien, alles wird auf Spiel gesetzt, und dazu kommen Hunger, Kälte, die qualvollen Gedanken: Wie wird es den armen Kindern gehen? Und dann, abgelesen von uns: Hat uns nicht dieser Krieg Tausende und aber Tausende von Arbeitslosen beschert, die hochgehenden doch auch Angehörige der Organisationen ist?

Ja, Kollegen, wir rufen euch aus dem Felde zu: Haltet zur Organisation und halt sie aus! Kollegen! Keine größere Freude können wir uns bereiten als die, zu zeigen, daß ihr ganze Männer seid, gewillt, uns nicht in erster Stunde zu verlassen. Wir wünschen, daß unsere Organisationen den Weltkrieg in ungeschwächter Kraft überdauern. Mit diesem Wunsch und mit der ehrenvollen Aufgabe von den hier befindlichen organisierten Kollegen, alle Kollegen aufs herzlichste zu grüßen, will ich schließen. Auf Wiedersehen!

31. Oktober.

Wiederholt werden die Mahnungen in diesem Briefe von all denen überhört, die da glauben, den Verband jetzt wissen zu können, obwohl die einzige Überzeugung ihnen sagen würde, daß der Verband nach dem Kriege notwendig sein wird als je zuvor. Und obwohl alle Tatsachen darauf deuten, daß die Gewerkschaften aus jetzt, während des Krieges, sich hervorzuhelfen bemühen.

Eine andre Seite betrifft ein Feldpostbrief eines Hamburger Holzarbeiters. Dieser betont besonders, daß der Geist der Solidarität, den die Gewerkschaften gerade und gepflegt haben, auch im Kriege fortwähren soll.

31. Oktober.

Auch im Kriege werden wir unsern Verband. Das heißt, das was an Arbeit und Beschäftigung, unter ganzem Kampf für den Ausbau unserer Organisation einzuhalten, ist uns auch während, aus der letzten Kampfzeit des Krieges untergeordnet und ihm und Leben für den Kampf des Vaterlandes einzusetzen. Der gewerkschaftliche Geist ist lebendig vor den Soldaten im Felde. Wir Tausenden Frauen und Kinder sind wir hier, um sie vor dem Hungertode zu schützen, während wir in den Schlachtfeldern den Vätern gegenüberstehen. Wir sind durch die gewerkschaftliche und politische Erziehung befähigt, aus vor Herrschaft und Entfremdung zu befreien. Auf Grund unserer Beobachtung kann ich Euch versichern, daß unter den Feindern aus dem Kriege hervorgehenden Soldaten Hunderttausende junge Arbeiter sind, die keine Sorge. So wie wir hier die Kollegen kennen lernen, bin ich überzeugt, daß wir nach dem Kriege einer gewerkschaftlichen, leistungsfähigen und politischen Organisation entgegen. Im Kampfe einer ganzen Anzahl Kollegen, die wir uns hier zusammengekommen haben, findet den Kollegen in der Heimat herzlichste Grüße über.

Ein Mitglied des Gemeindefortschrittsverbandes schreibt an die Zeitung der „Zukunft“, die er angeht:

„Ihr Kollegen, eine Frage! Wie geht es mit dem Verband? Günstigster halber Ihr an demselben steht und halt, während wir für das Fortbestehen unseres Vaterlandes kämpfen, vielleicht unser Leben lassen müssen, die Organisation aus. Wir werden oftmals mit unsern Gedanken nicht nur bei weiter fröhliche, sondern auch bei dem Verband. Zur Eurer Pflicht!“

## Erweiterung der genossenschaftlichen Warenerzeugung.

Vor kurzem hat die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine eine neue große Fabrikanlage in Gröba vollendet: ihre erste Teigwarenfabrik. Die neue Fabrik ist ein monumentales Werk von 84 Meter Front, der in vier Stockwerken ausgedehnte Arbeitsräume enthält. Wie bei allen Anlagen der Genossenschaften ist auch hier darauf Bedacht genommen, eine müßiggeläufige Arbeitsstätte zu schaffen. Daß vor allem Wert auf die größte Sauberkeit gelegt wurde, versteht sich von selbst. Die Fabrikationsräume sind deshalb mit abwassertauglichen Spaltlinien ausgekleidet; für das Personal sind reichlich Wasch- und Badegelegenheiten vorgezehen.

Selbstverständlich wurde die genossenschaftliche Teigwarenfabrik auch mit den modernsten technischen Einrichtungen ausgestattet. Der Fabrikationsprozeß vollzieht sich fast ausschließlich auf mechanischem Wege. Als Vorratsraum dient der Keller, in dem, durch Kalkschlämme gegen das Verderben geschützt, Tausende von Rollen sowie die Grießvorräte lagern. Mittels einer Mischmaschine werden die verschiedenen Grießsorten tüchtig durcheinander gebracht, sodann durch einen Elevator, der aus Weizen auf einem Band ohne Ende besteht, in die zwei Stockwerke höher gelegene Siebmühle gebracht. Nachdem der Grieß hier von allen Unreinlichkeiten, wie Steinen, Strohpöltern usw., befreit ist, wandert er noch eine Etage höher in die Grießkisten, die bis zu 300 Zentner Material fassen. Aus ihnen fällt er dann durch eine Bodenöffnung in die ein Stockwerk tiefer stehenden Teigmischmaschinen. Nach Zufuß von Eiern und Wasser beginnen riesige, elektrisch angetriebene Schaufeln den Teig so lange zu rühren und zu kneten, bis er eine gleichmäßige Masse bildet. Durch große Rührer fällt sodann der fertige Teig auf die Schöpfeln der im Erdgeschloß stehenden Kollergänge. Diese führen, sich langsam drehend, den Teig unter eine 130 Zentner schwere Walzenrolle, die hier also die Nudelrolle der Hausfrau ersetzt. Die Fabrik arbeitet vorläufig mit drei solchen Walzen, die stündlich zusammen 25 bis 30 Zentner Teig verarbeiten können.

Nachdem der Teig nunmehr in dünne Bänder ausgepreßt ist, kommt er unter die Schneidemaschinen, denn es sich um Schnittnudeln, unter die hydraulischen Pressen, wenn es sich um Bandnudeln, Makkaroni und Suppeninlagen handelt. Von den drei vorhandenen hydraulischen Pressen ist die eine 13 Meter hoch. Sie arbeitet mit einem Eisenkloß von 6 Meter Höhe und 1,20 Meter Durchmesser, der mit dem ungeheuren Gewicht von 800 Zentner den Pressen Wasser unter einem Druck von 200 bis 250 Atmosphären zuführt. Diese Mammutpresse liefert mit drei Mann Bedienung täglich 100 Zentner Makkaroni. Die beiden kleineren Pressen stellen Band- und Fadennudeln sowie Suppeninlagen her. Nachdem die fertigen Nudeln in funkenreicher Weise getrocknet sind, werden sie in Kisten, Säcken oder Fallschachteln verpackt.

Der Teigwarenfabrik ist eine Kistenfabrik angegliedert, die auch für die andern Betriebe der Gesellschaft arbeitet. Ihren Kraftbedarf erhalten beide Fabriken von dem Elektrizitätswerk Gröba. Die Arbeitsbedingungen in der Teigwarenfabrik sind durch einen zwischen der Großeinkaufsgesellschaft und dem Verband der Fabrikarbeiter abgeschlossenen Tarifvertrag geregelt. Wir wünschen dieser Erweiterung der genossenschaftlichen Eigenproduktion den besten Erfolg.

## Polizei und Gerichte.

Die Ankündigung eines Boykotts ist keine Erpressung. Am 10. Dezember hat vor dem Reichsgericht eine Boykottklage gegen unsere Kollegen Wolf in Hamburg ihr Ende gefunden, die zum 13. Jahr die Gerichte beschäftigt hat. Obwohl wir schon mehrfach über den Gegenstand dieser Klage berichtet haben (im „Prolet.“ 1913, S. 254; 1914, S. 109, 124 u. 170), fassen wir das Wichtigste hier noch einmal kurz zusammen.

Zu Mai 1914 traten die Arbeiter der Firma Heermann u. Co., Pflanzengüterfabrik, in einen Streik ein. Da eine Einigung zwischen der Firma und den Arbeitern nicht zu erzielen war, wurde in der Kartellkommission beschloffen, den Boykott über die Firma zu verhängen. Bevor man jedoch diesen Beschluß in die Tat umsetzte, traten die Arbeiter der Firma nochmals zusammen und kamen darin überein, bei der Firma nochmals vorstellig zu werden und zu versuchen, ob nicht auf einem gütlichen Wege eine Einigung zu erzielen sei. Zu diesem Zwecke wurde ein Schreiben an die Firma aufgesetzt, welches Kollege Wolf unterzeichnete. In diesem hieß es, daß die Arbeiter der Firma nochmals die Hand zum Frieden böten, weshalb die schriftliche Anfrage an die Herren, die maßgebenden Persönlichkeiten, gerichtet werde, ob diese zu einer Einigung bereit seien. Denn den Herren dürfte wohl bekannt sein, daß der Boykott beschloffen sei und nur noch der Genehmigung der Generalversammlung bedürfe. Die Firma jedoch ließ sich auf keine weiteren Verhandlungen ein, sondern stellte Strafanklagen gegen den Kollegen Wolf als Unterzeichner der Zuschrift.

Die Hamburger Staatsanwaltschaft sah in der Zuschrift einen Erpressungsversuch im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuchs. Sie meinte, „durch die Drohung mit dem Boykott habe ein Druck auf die Firma ausgeübt werden sollen, damit sie in neue Verhandlungen mit den Arbeitern eintreten solle“. Darin liege die „Absicht, den Arbeitern einen Vermögensvorteil, auf den sie keinen Anspruch hatten, zu verschaffen“. Das Mittel sei die Drohung mit dem Boykottbeschluß gewesen. Von dem Angeklagten wurde eingewendet, daß er mit seinem Schreiben die Firma vor Schädigung durch den Boykott bewahren wollte, und daß ferner der Boykott von der Kommission des Kartells bereits beschloffen gewesen sei, er also mit einem Beschluß nicht mehr drohen konnte.

Das Landgericht Hamburg kam am 6. Oktober 1913 zur Freisprechung des Angeklagten. Zur Begründung des Urteils wurde ausgeführt, daß der Boykott allgemein als Kampfmittel bei wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern angesehen werde, wenn es sich um Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen handle. Nur besondere gravierende Umstände könnten den Boykott im Einzelfalle zu einem unerlaubten Kampfmittel machen. Solche unerlaubte Begleiterscheinungen seien aber im vorliegenden Falle nicht vorhanden gewesen.

Der Oberstaatsanwalt sogt dieses, eigentlich selbstverständliche Urteil in vollem Umfang an. Das Reichsgericht hob denn auch das Urteil auf und wies die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurück. Am 2. Juni 1914 fand eine neue Verhandlung statt, die jedoch wiederum zum Freispruch führte. In dem Urteil hieß es, es könne nicht festgestellt werden, daß der Angeklagte auf die Willensentfremdung der Firmeninhaber einen Druck hat ausüben wollen. Es liege also keine Androhung eines Übels vor, sondern nur eine Mitteilung von dem Stande der Sache und ein Hinweis auf die Folgen, die die willkürliche Behauptung des Boykotts mit sich bringen würde. Wühin sei das Unbefangenenurteil einer Erpressung nicht gegeben. Auch gegen diesen erneuten Freispruch legte die Staatsanwaltschaft Revision ein mit der Begründung, die tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz rechtfertigten die Freisprechung des Angeklagten nicht. Die in dem Urteil getroffenen Feststellungen seien widersprüchlich; es hätte als erwiesen angesehen werden müssen, daß der Angeklagte mit dem Hinweis auf den drohenden Boykott auf die Vertreter der Firma einen Druck hat ausüben wollen, um deren Einfluß zu ändern und sie zum Nachgeben zu bewegen. Gemäß dem Antrage des Staatsanwalts verwarf indessen das Reichsgericht die Revision als unbegründet, da nach den tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz die Annahme, daß die Androhung eines Übels nicht vorgelegen habe, sondern lediglich eine rein sachliche Aufklärung über den Stand der Dinge, nicht zu beanstanden sei.

So erhellend dieser Ausgang der Klage ist, so bedauerlich ist die Tatsache, daß ein so umfangreicher und kostspieliger Apparat in Bewegung gesetzt wurde, um eine Handlung als Erpressung zu bestrafen. Die lediglich den Zweck hatte, einen wirtschaftlichen Kampf zu vermeiden. Wir hoffen, daß heranziege Klagen auch zu dem „Recht und Unrecht“ gehören, den, nach der Meinung des Reichsgerichts, die neue Zeit weggesetzt hat.

## Rundschau.

Können verwundete oder erkrankte Kriegsteilnehmer Krankengeld beanspruchen?

Das Versicherungsamt Karlsruhe hat diese Frage bejaht für einen Kriegsteilnehmer, dessen Arbeitsunfähigkeit innerhalb der drei Wochen nach dem Auscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung eintrat und der sich im Inland befand. (§ 214 der Reichsversicherungsordnung). Der Kläger war bis zum 31. Juli 1914 Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Karlsruhe gewesen. Er mußte zum Geesendienst eintreten und wurde am 20. August (also innerhalb der drei Wochen) im Krieg verwundet. Seine Verpflegung erhielt er im städtischen Krankenhaus Karlsruhe auf Kosten der Militärverwaltung. Die Krankenkasse verweigerte die Zahlung von Krankengeld, weil nach ihrer Ansicht der § 214 der Reichsversicherungsordnung auf Kriegsteilnehmer nicht anzuwenden sei und verwundeten Kriegsteilnehmern ein Krankengeld nicht zustehe, da ihnen kein Arbeitsverdienst entgehe. Das Versicherungsamt Karlsruhe hat sich dieser Ansicht nicht angeschlossen, sondern hat die Kasse zur Zahlung des Krankengeldes verpflichtet. Mache die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig und liege dafür ein ärztlicher Nachweis vor, dann sei auch Krankengeld zu zahlen. Nirgends werde ein Nachweis dafür verlangt, daß ein wirklicher Schaden entstanden ist, denn auch dem freiwillig Versicherten, der nicht erwerbstätig ist und vermögend sein kann, werde, wenn Arbeitsunfähigkeit vorliegt, Krankengeld gezahlt. In diesem Falle ruhe auch nicht der Anspruch auf Krankengeld.

Soweit das Versicherungsamt Karlsruhe. Die von ihm behandelte Frage beschränkt sich, wie eingangs erwähnt, auf einen Fall, in dem innerhalb der ersten drei Wochen nach dem Eintritt in die mobile Armee die Verwundung eintrat und der Verwundete sich in Deutschland befand.

## Berichte aus den Zahlstellen.

Harburg. Der Bericht aus unserer Zahlstelle in Nr. 51 des „Proletariats“ enthält einen Druckfehler. Die Vereinten Gummiwarenfabriken Harburg-Wien haben nicht 300, sondern 3000 M. für die Kriegshilfe gestiftet.

## Verbandsnachrichten.

Statistik. — Graue Karten.

Die Beobachtung des Arbeitsmarktes und damit auch die Feststellung der Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder ist besonders während der Kriegszeit von größter Bedeutung. Die Ortsverwaltungen werden deshalb ersucht, gewissenhaft zu berichten. Auch die Gauleitungen wollen der Berichterstattung ihre Aufmerksamkeit schenken.

Bei Angabe der Mitgliederzahl dürfen nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden, also nicht auch die zum Heere eingezogenen, die als abgemeldet gelten.

Für den Monat Dezember sind die grauen Karten bis zum 4. Januar einzufenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 31. Dezember.

Neue Marken.

Mit dem Versand der neuen Marken à 45, 55 und 25 Pf. und den entsprechenden Lokalaufschlägen ist begonnen. Bis Ende dieses Monats werden alle Zahlstellen mit den neuen Marken versehen sein.

Für das vierte Quartal sind die neuen Marken nicht zu verrechnen, also auch nicht vor erfolgter Abrechnung an die Mitglieder abzugeben. Sind von den alten Marken bis zur Abrechnung nicht genügend vorhanden, so muß von den alten Marken nachbestellt werden.

Die Hilfskassierer müssen bei ihrer letzten Ablieferung am Quartalschluß auch alle alten Marken abliefern und nehmen dann neues Material in Empfang.

Mit der Quartalsabrechnung, die in den ersten Tagen des Januar vorzunehmen ist, sind die alten Marken, die bisher in Umlauf waren und nicht an die Mitglieder verabsolgt sind, vollständig einzufenden.

Den Mitgliedern, die im neuen Jahre noch Reste aus dem alten Jahre zu begleichen haben, sind dann neue Marken zu kleben.

Vom 15. Dezember an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Schwaan 300.—, Berlin 4,80, Balstrode 100.—, Posen 26,50, Leipzig 15,30, Gießen 4,30, Gahnau i. Schl. 93,50, Brandenburg a. d. H. 400.—

V. Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Werder a. d. H. 6,85, Auerbach i. B. 2,50, Gschütz a. M. 29,—, Zwidau i. S. 28,70, Königsberg i. Pr. 16,20, Baugen 13,75, Herzfelde 2,50, Merseburg 12,—, Eßlingen 15,80, Langensl. 1,60.

Schluß: Sonnabend, den 19. Dezember, mittags 12 Uhr.

Eingegangene Zahlstellen: Dornitz, Wiersen.

Verloren und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
333 573	Heinrich Arndt	16. 6. 1875	15. 7. 1908	Hannover
402 174	Karl Martin	24. 1. 1873	29. 7. 1899	Niederleben
524 402	Gustav Minischle	7. 2. 1866	23. 2. 1907	Breslau
515 051	Edward Wolfram	13. 9. 1888	17. 11. 1911	Burgun
491 733	Georg Wolf	1. 7. 1887	26. 3. 1912	Mannheim
413 387	Johann Eggert	22. 4. 1863	1. 7. 1903	Aldershof
552 312	August Hanier	3. 6. 1883	24. 8. 1912	Stettin
470 615	Karl Breßlein	26. 7. 1869	1. 7. 1906	Elmsborn
393 770	Friedr. Behnenhauen	3. 7. 1865	12. 11. 1905	Schwabach
Karten-Nr.				
393 970	Kaiser Kremer	28. 11. 1895	23. 7. 1914	Wöln

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Nachen. Rudolf Gärtner, Adlerstraße 18.

Greiffenberg. Hermann Müller, Am Graben 16.

Greiffenberg. Wilhelm Weiraw, Salzstraße 191.

Gösch a. M. Gänzel streichen.

Krenz a. d. Orsbahn. Julius Klatt, Groß-Subs b. P. a. d. O.

Mahlitz. Bruno Gulla, Schloßbisdorfer Straße 12.

Miel. Johann Brunsbeilins, Mühlenamstraße 20.

Radenburg. Karl Fischer, Schillerstraße 20.

Saarlöben. Gaultier Schreiber.

Schwabach. Stod streichen.

Stendal. Gähner streichen.